

Oberlandesgericht Dresden

Jahresbericht der ordentlichen Gerichtsbarkeit für 2025

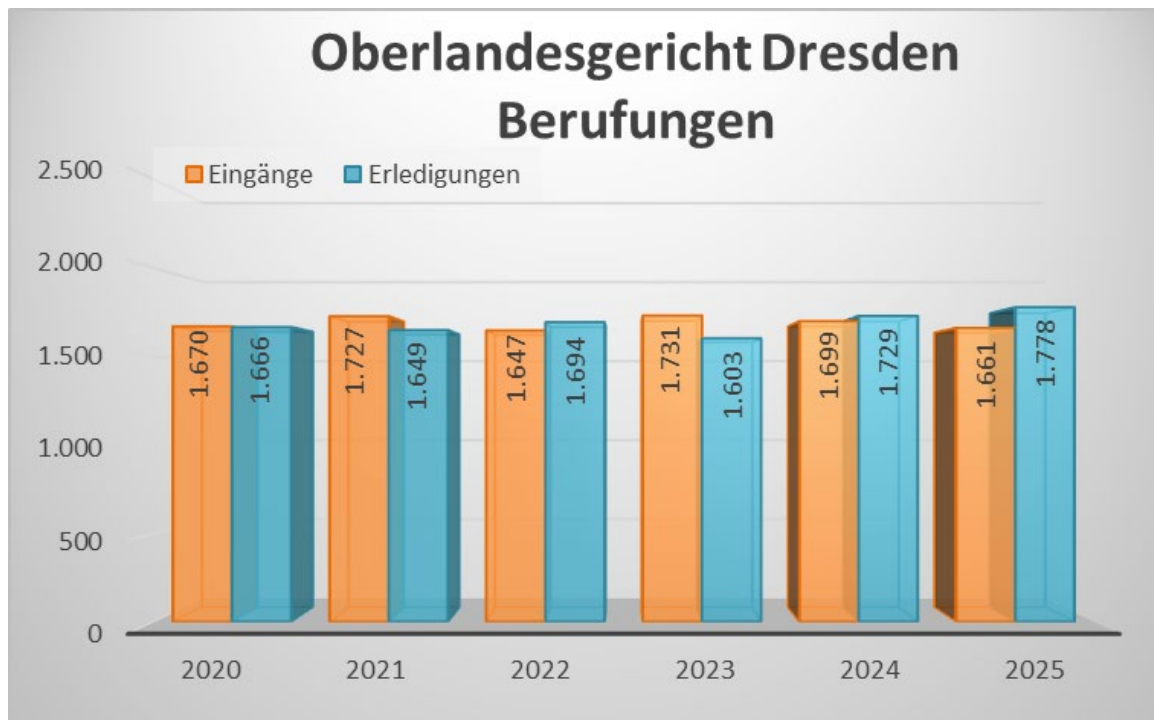
1. Geschäftsentwicklung beim Oberlandesgericht Dresden

a) Zivilsachen

Berufungsverfahren (U-Sachen)

In Zivilsachen gingen im Jahr 2025 insgesamt 1.661 Berufungen ein. Dies entspricht im Vergleich zum Jahr 2024, in dem 1.699 Berufungen eingingen, einem Rückgang um 2,24 %.

Im Jahr 2025 wurden 1.778 Verfahren erledigt, was gegenüber den 1.729 Erledigungen aus dem Jahr 2024 einer Steigerung um 2,83 % entspricht.

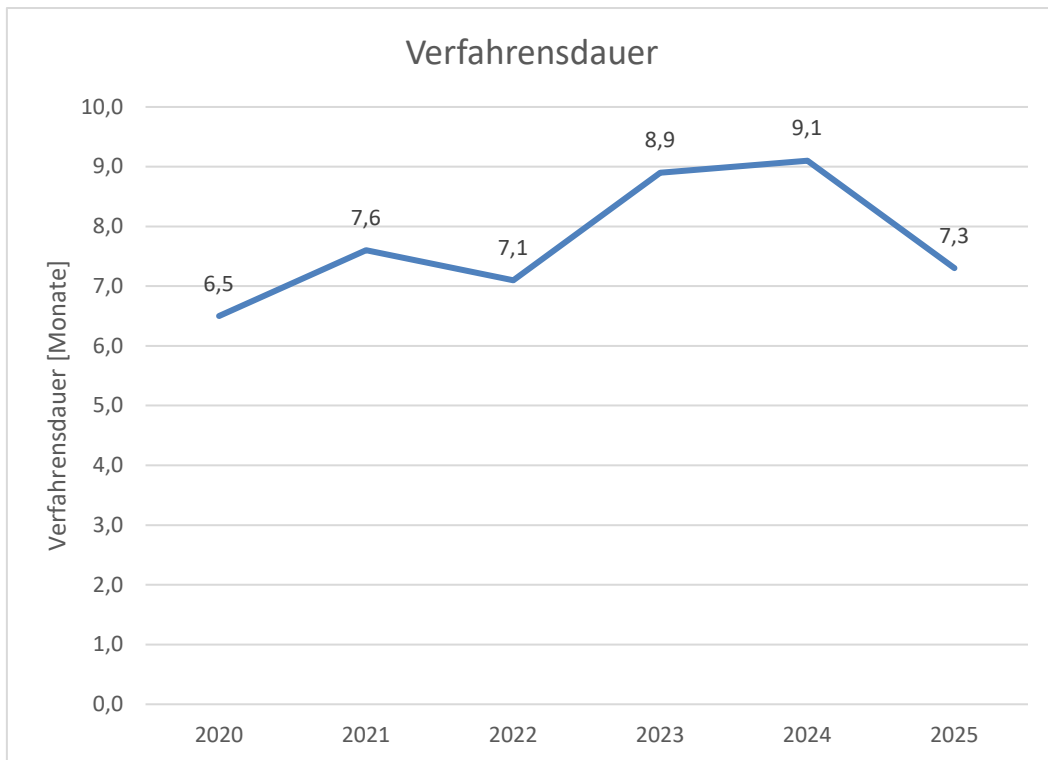


Verfahrensdauer

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit der Berufungsverfahren konnte gegenüber 2024 von 9,1 auf 7,3 Monate verkürzt werden.

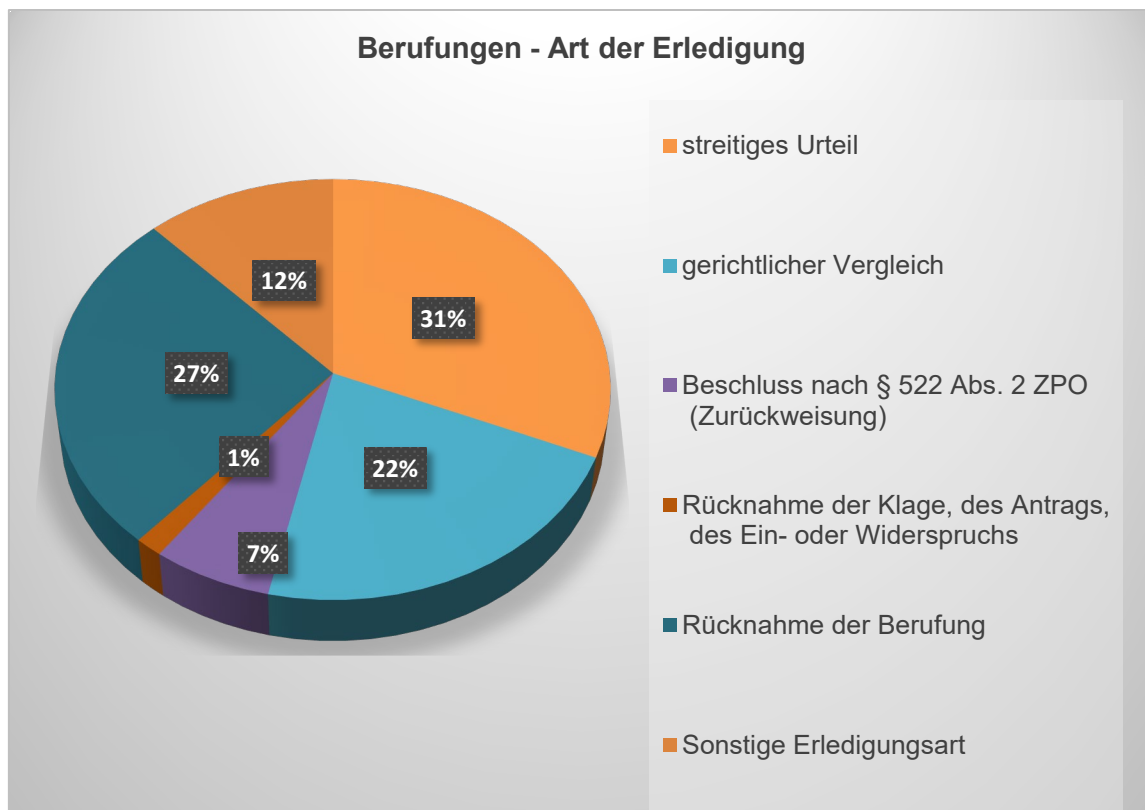
Hinweis:

Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung alle Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die grammatisch männliche Form verwendet worden ist.



Art der Erledigung

Im Jahr 2025 wurden insgesamt 1.778 Verfahren erledigt, davon 546 Verfahren durch streitiges Urteil, 384 Verfahren durch gerichtlichen Vergleich, 113 Verfahren durch Beschluss nach § 522 Abs. 2 ZPO, 26 Verfahren durch Rücknahme des Antrages, 462 Verfahren durch Rücknahme der Berufung und 208 Verfahren in sonstiger Weise.



Sonstiger Geschäftsanfall

Insgesamt gab es beim Oberlandesgericht Dresden im Kalenderjahr 2025 893 sonstige Neueingänge in Zivilsachen. Diese betrafen u.a. Beschwerden in Kosten- und Nachlasssachen sowie Streitwertbeschwerden, die Ablehnung von Sachverständigen und Beschwerden gegen einstweilige Verfügungen.

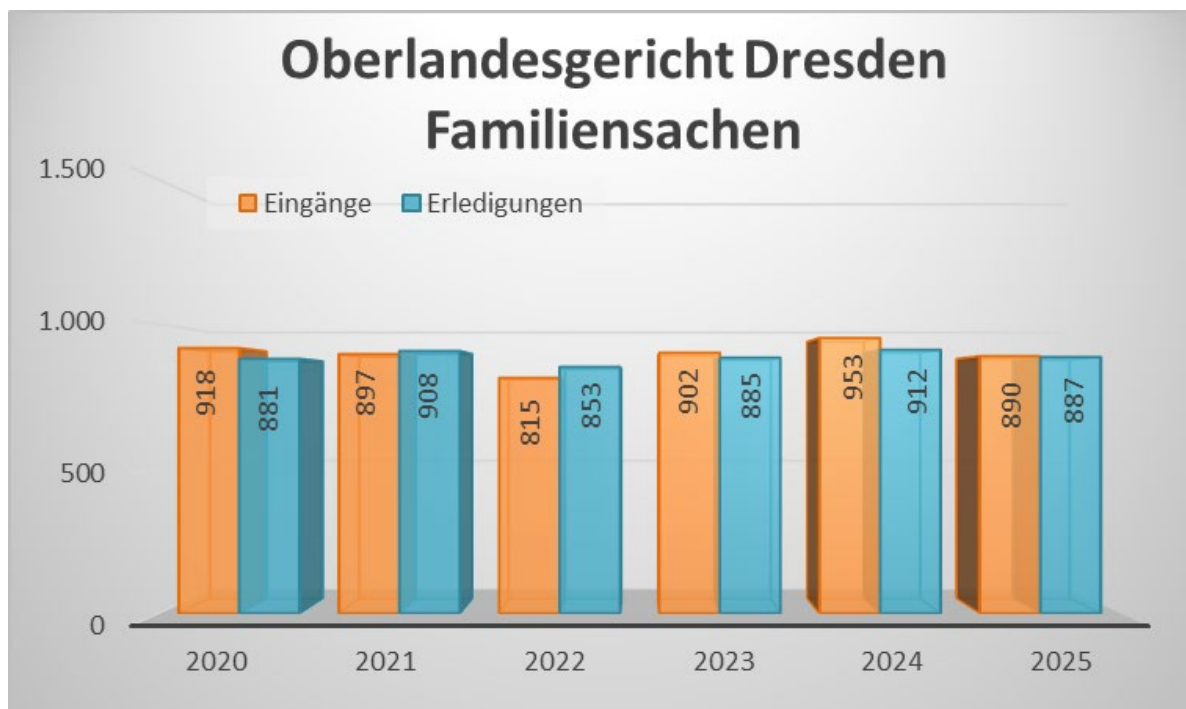
Damit ist die Zahl der Eingänge bei diesen Verfahren gegenüber dem Vorjahr (857 Eingänge) leicht gestiegen.

Zudem sind 20 Entschädigungsklagen nach § 201 GVG wegen überlanger Gerichts- und Ermittlungsverfahren anhängig geworden. Musterfeststellungsklagen bzw. Verbandsklagen sind keine eingegangen.

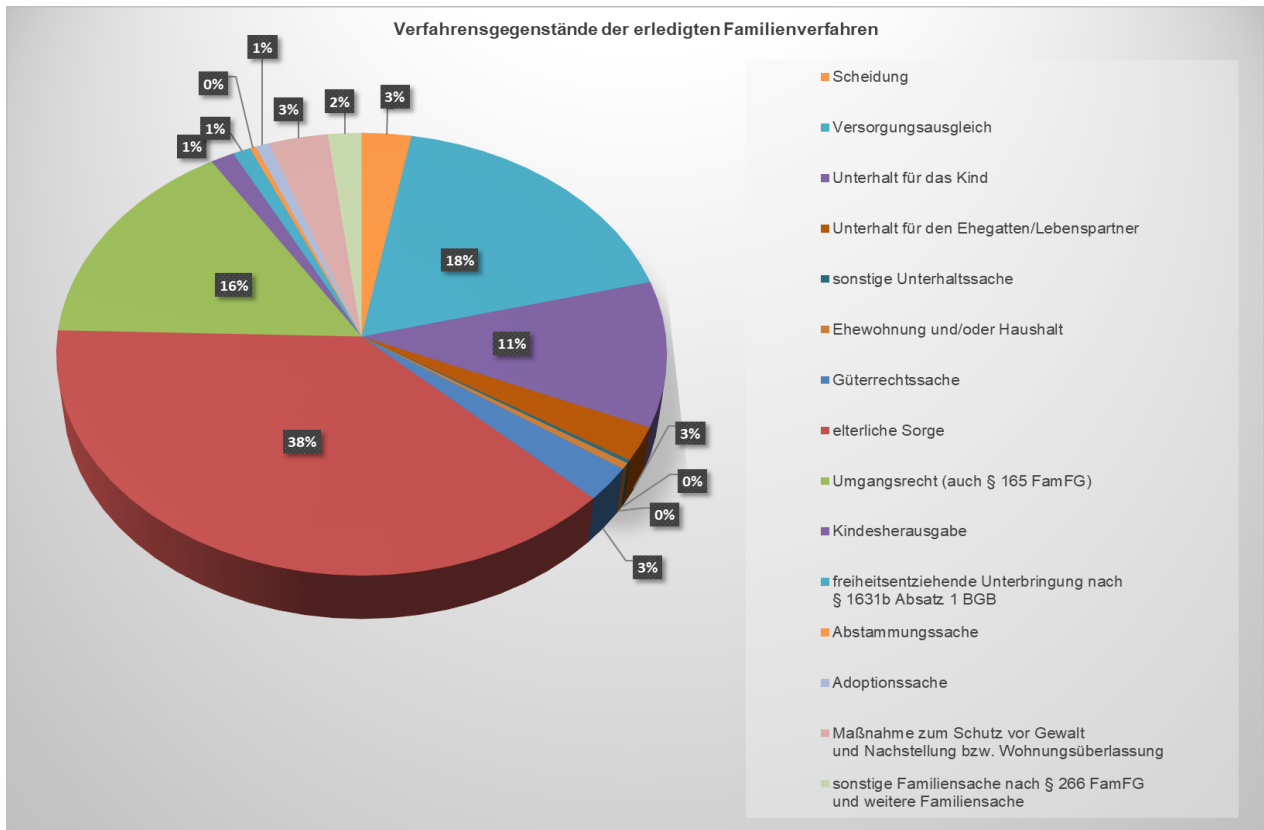
b) Familiensachen

Beschwerden gegen Endentscheidungen

Im Jahr 2025 sind im Vergleich zum Vorjahr 6,61 % weniger Beschwerden gegen Endentscheidungen in Familiensachen eingegangen. Die Zahl der Erledigungen in den vorgenannten Verfahren ist dagegen nur um 2,74 % gesunken.



Die durchschnittliche Verfahrensdauer konnte auf 3,6 Monate (Vorjahr 3,9 Monate) gesenkt werden.



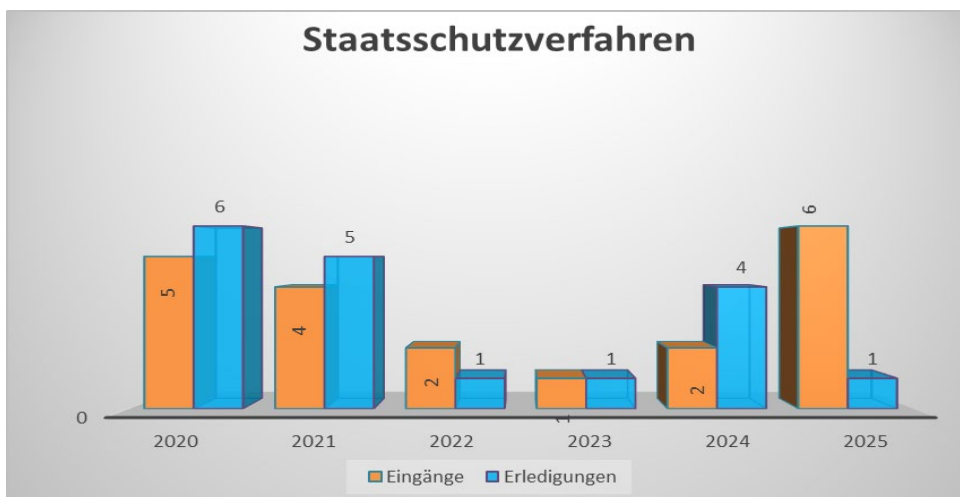
Sonstige Beschwerden in Familiensachen

Die Eingänge an sonstigen Beschwerden in Familiensachen lagen mit 946 Verfahren (2024: 935 Verfahren) leicht über dem Vorjahresniveau.

c) Straf- und Bußgeldsachen

Verfahren erster Instanz (Staatsschutzverfahren)

Im Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts gab es seit 2016 bis Ende 2024 24 Verfahren. Im Jahr 2025 kamen sechs neue Verfahren dazu. Wegen der Belastung des Staatsschutzsenats mit Haftsachen wurde 2025 ein weiterer Staatsschutzsenat gebildet.



Revisionen

Im Kalenderjahr 2025 wurden im Vergleich zum Vorjahr 29,39 % mehr Revisionen in Strafsachen eingelegt. Die Erledigungszahlen sanken dabei um 8,09 % von 272 Erledigungen im Jahr 2024 auf 250 Erledigungen im Jahr 2025.

Die Revisionsverfahren wurden durchschnittlich innerhalb von 2 Monaten (ab Eingang in der Revisionsinstanz) erledigt (Vorjahr 4 Monate).

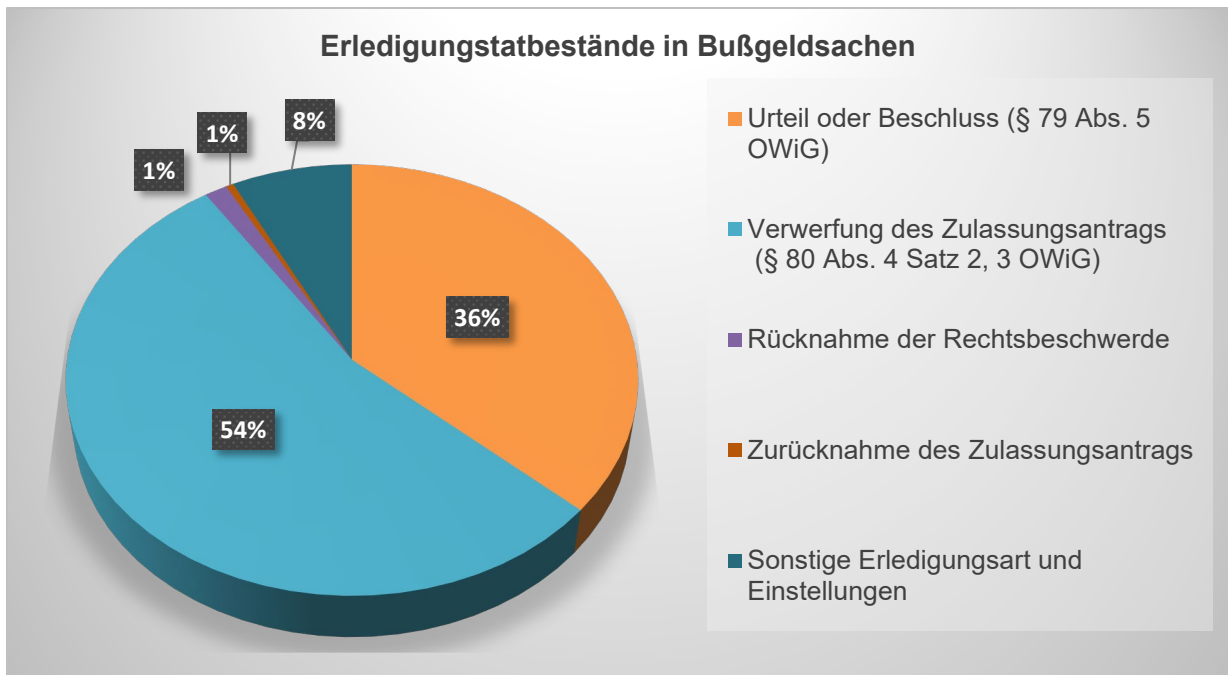


Rechtsbeschwerden in Bußgeldverfahren

In Bußgeldverfahren sind die Eingänge von Rechtsbeschwerden im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr von 393 Verfahren auf 446 gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung um 13 %.

Es wurden mit 428 Verfahren 7 % mehr Verfahren als im Vorjahr (2024: 400 Verfahren) erledigt. Die durchschnittliche Erledigungsdauer konnte von 1,2 auf 1,0 Monate (ab Eingang in der Rechtsbeschwerdeinstanz) gesenkt werden.

Von den insgesamt erledigten Verfahren betrafen 390 eine im Straßenverkehr begangene Ordnungswidrigkeit.



Sonstiger Geschäftsanfall bei den Strafsenaten

Bei den sonstigen Strafsachen (z.B. Kostenbeschwerden, Haftentscheidungen, Auslieferungsverfahren sowie Rechtsbeschwerden nach dem Strafvollzugsgesetz) waren 949 Eingänge zu verzeichnen, was einem Rückgang um 12,13 % gegenüber dem Vorjahr (1.080) entspricht.

Im Jahr 2025 gingen 207 Anträge auf Haftentscheidungen nach §§ 121 ff. StPO ein (Vorjahr: 184). Das entspricht einer Steigerung um 16 %.

Im Jahr 2025 gingen 164 Auslieferungsersuchen in Strafsachen ein. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 13 % (Eingänge 2024: 141).

Beim Ermittlungsrichter gingen 2025 75 Anträge ein. Dies entspricht einer Steigerung von 375 % gegenüber 2024 (20 Anträge).

Rehabilitierungsverfahren

Im Jahr 2025 gingen 11 Verfahren in Rehabilitierungssachen bei dem Oberlandesgericht Dresden ein. Dies entspricht einem Rückgang um 78,84 % im Vergleich zum Vorjahr (52 Verfahren).

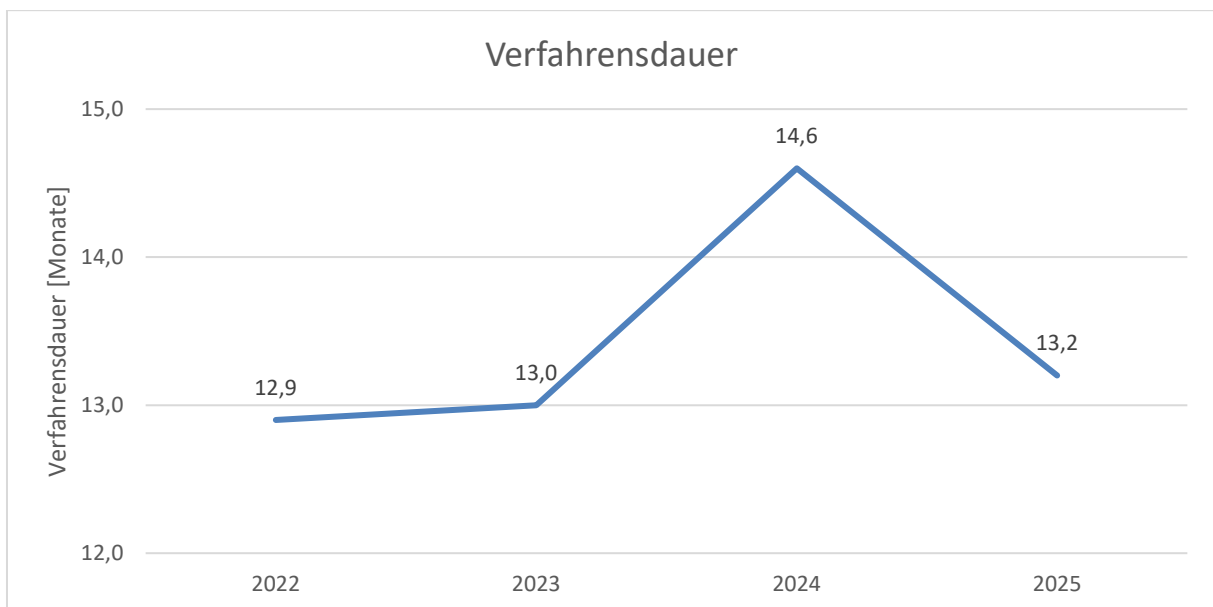
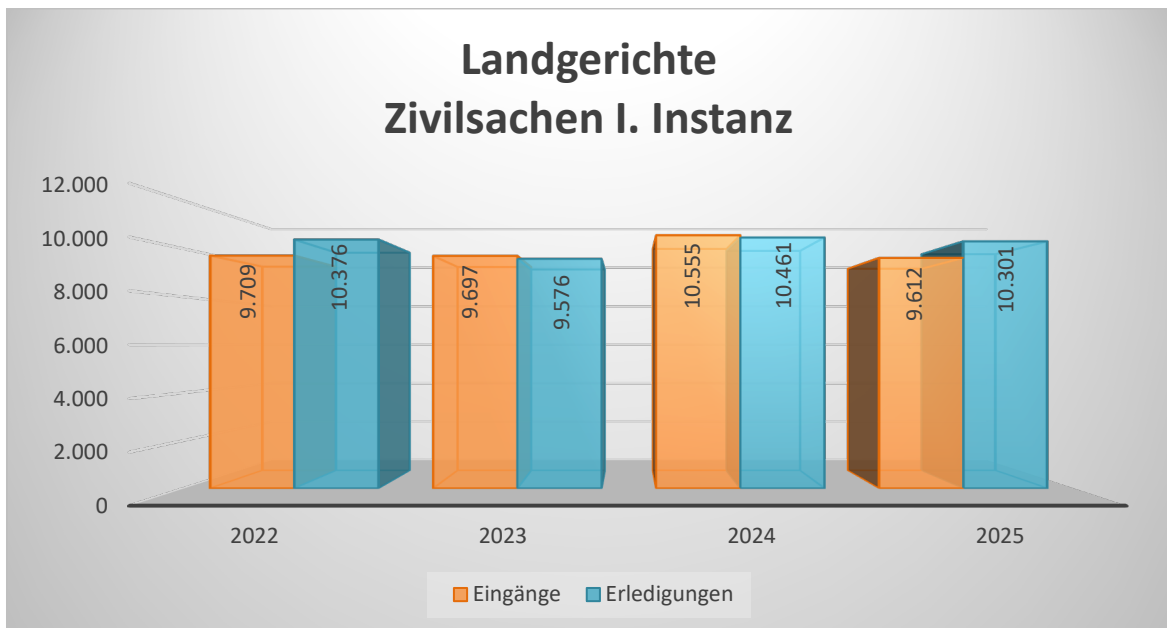
31 Rehabilitierungsverfahren wurden im Jahr 2025 erledigt, was einem Rückgang von 38 % im Vergleich zum Vorjahr (50 Verfahren) entspricht.

Zum 31. Dezember 2025 waren noch 6 Verfahren unerledigt.

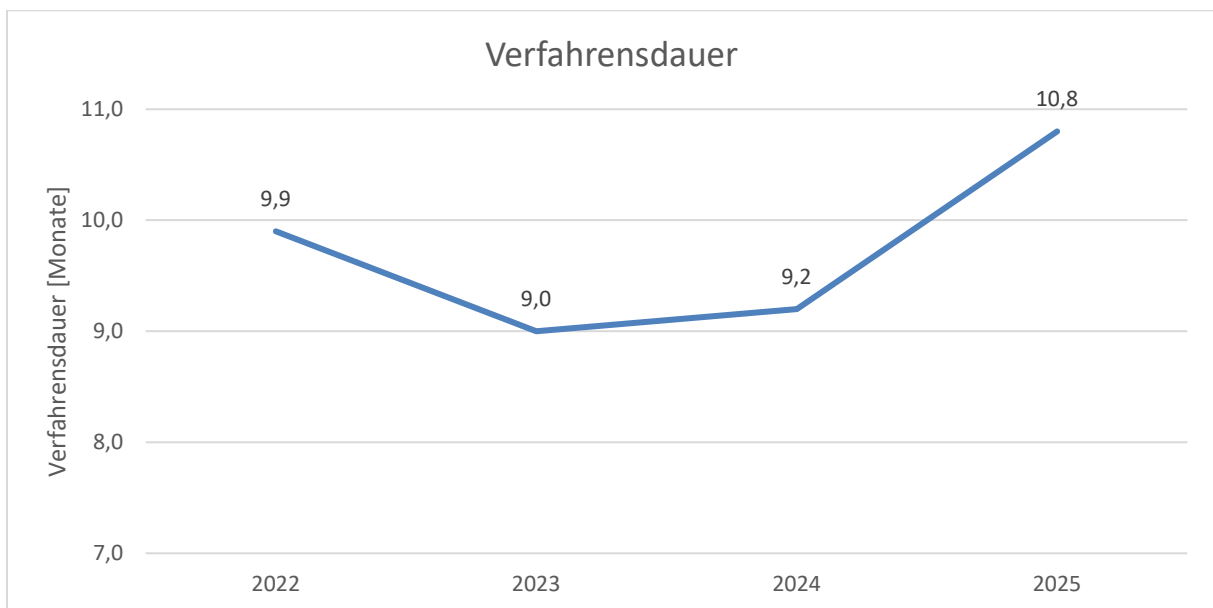
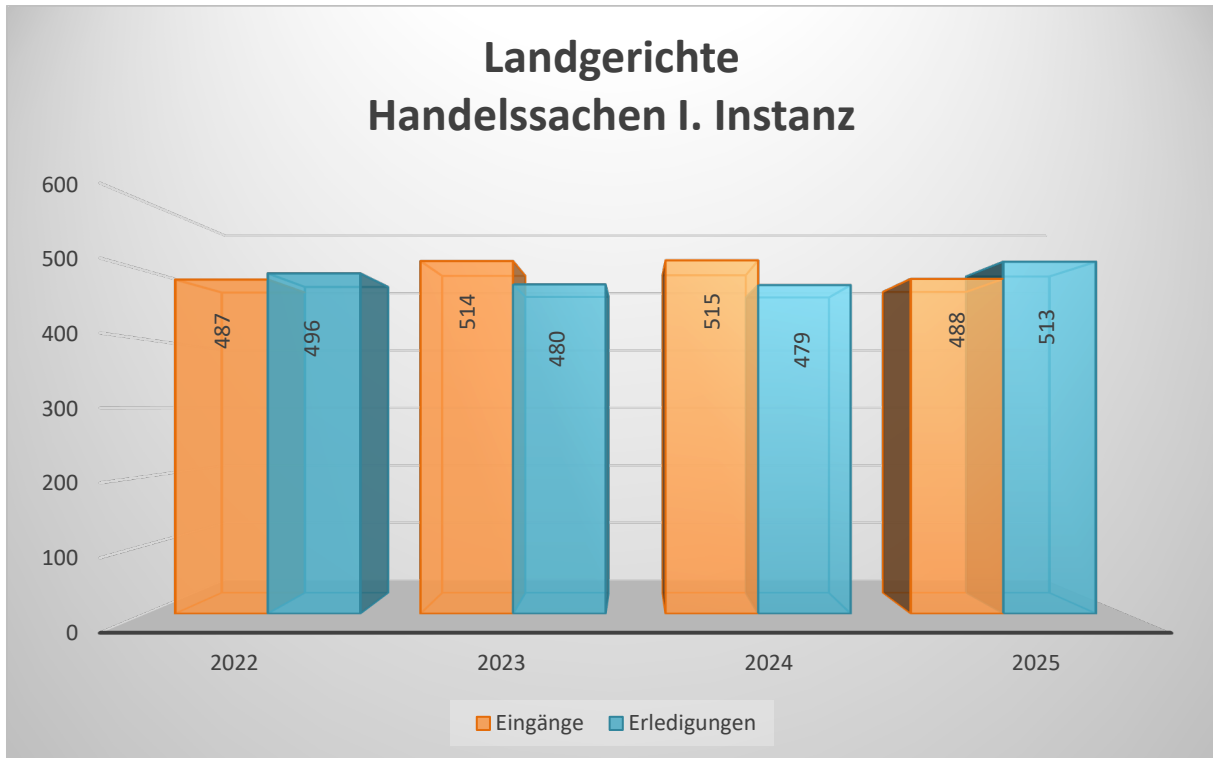
2. Geschäftsentwicklung bei den Landgerichten

a) Zivilsachen

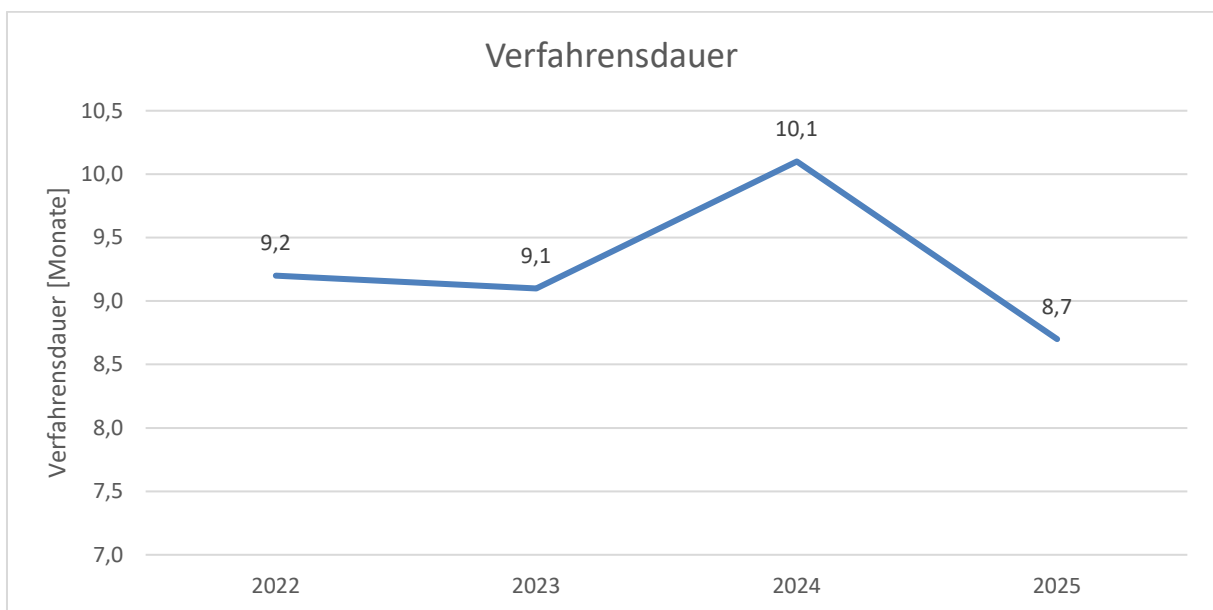
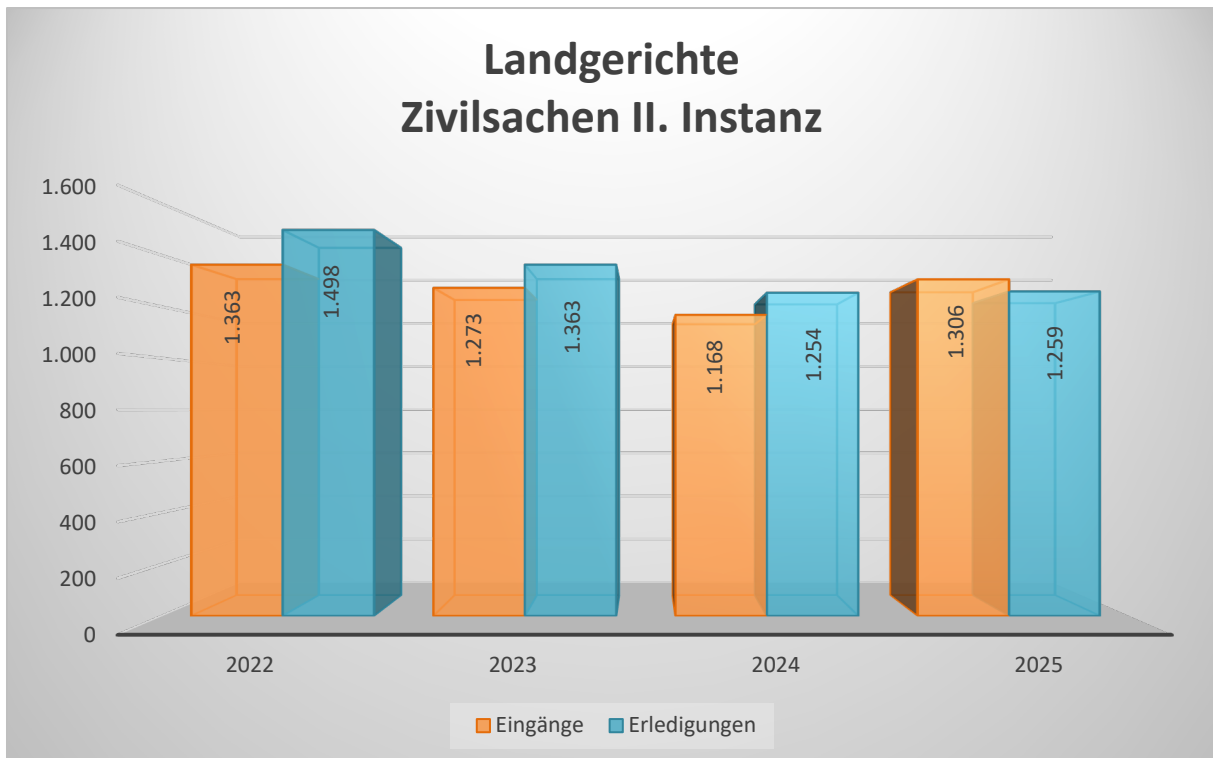
Im Jahr 2025 ist die Zahl der Eingänge in Zivilsachen in der **I. Instanz (ohne Handelssachen)** im Vergleich zum Vorjahr gesunken (- 8,93 %). Bei nahezu unveränderter Zahl der Erledigungen konnten die Bestände um 5,93 % abgebaut werden. Die Verfahrensdauer konnte im Vergleich zum Vorjahr von durchschnittlich 14,6 auf 13,2 Monate gesenkt werden.



Bei den **Kammern für Handelssachen** ist die Zahl der Eingänge im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr gesunken (- 5,24 %), die Zahl der Erledigungen hingegen gestiegen (+7,10 %). Damit konnten die Bestände um 5,10 % abgebaut werden. Die Verfahrensdauer hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 9,2 auf 10,8 Monate erhöht.

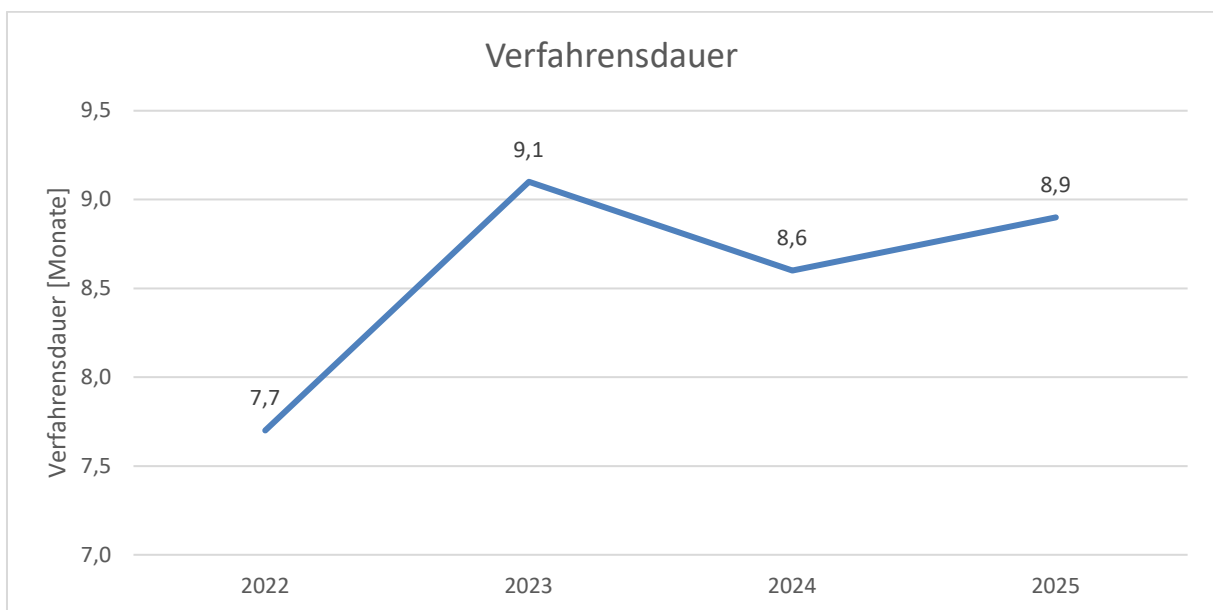
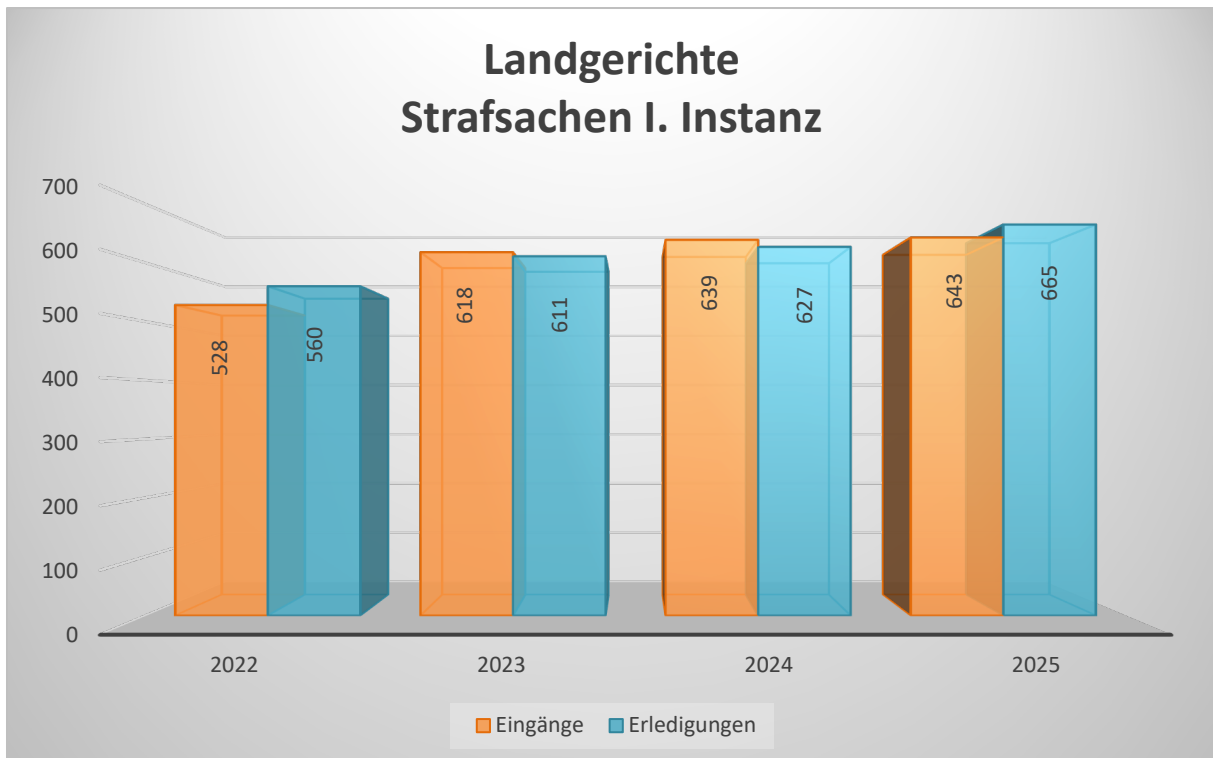


In **Zivilsachen II. Instanz (Berufungen)** ist im Jahr 2025 die Zahl der Eingänge um 11,82 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die Zahl der Erledigungen ist konstant geblieben. Die Bestände haben sich um 5,11 % erhöht. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Verfahrensdauer von 10,1 auf 8,7 Monate gesenkt werden.

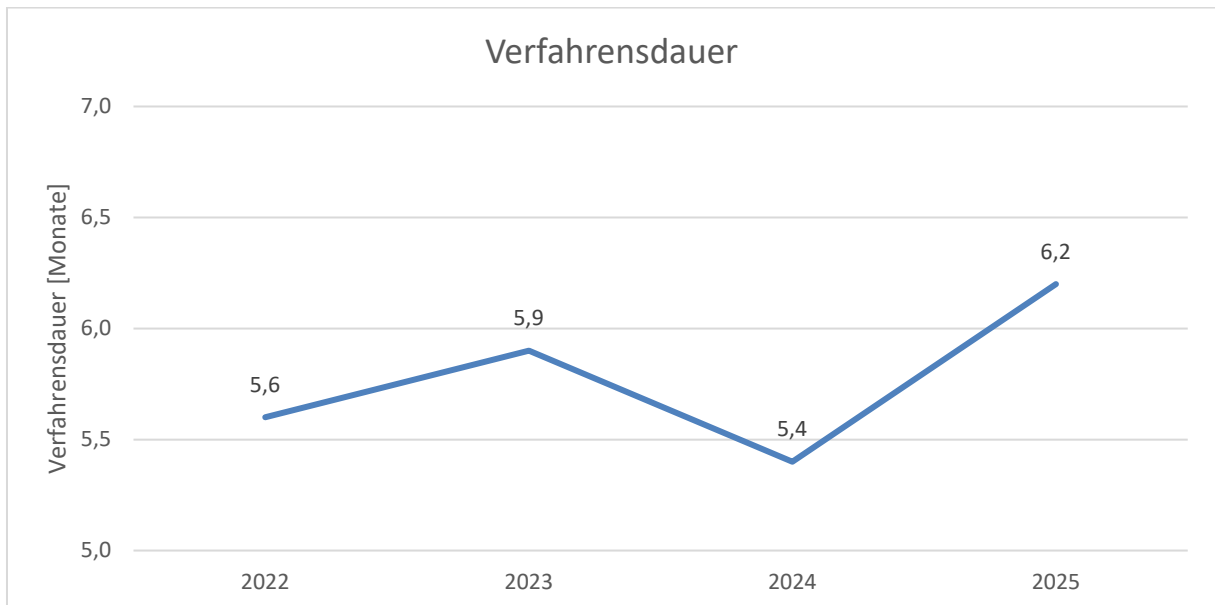
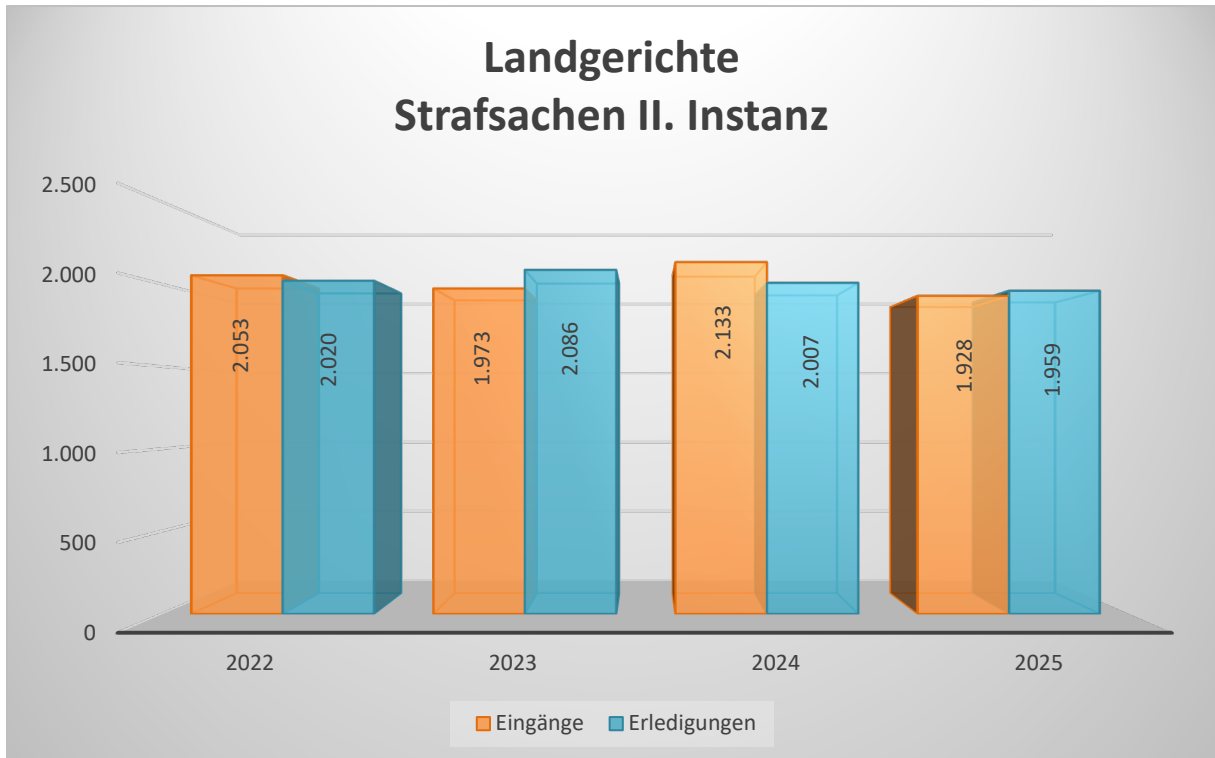


b) Strafsachen

Die Zahl der Eingänge in **Strafsachen I. Instanz** ist im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr mit einem Anstieg von 0,63 % annähernd konstant geblieben. Die Zahl der Erledigungen konnte 2025 um 6,06 % gesteigert und der Bestand um 4,70 % reduziert werden. Die Verfahrensdauer ist im Vergleich zum Vorjahr von 8,6 auf 8,9 Monate gestiegen.



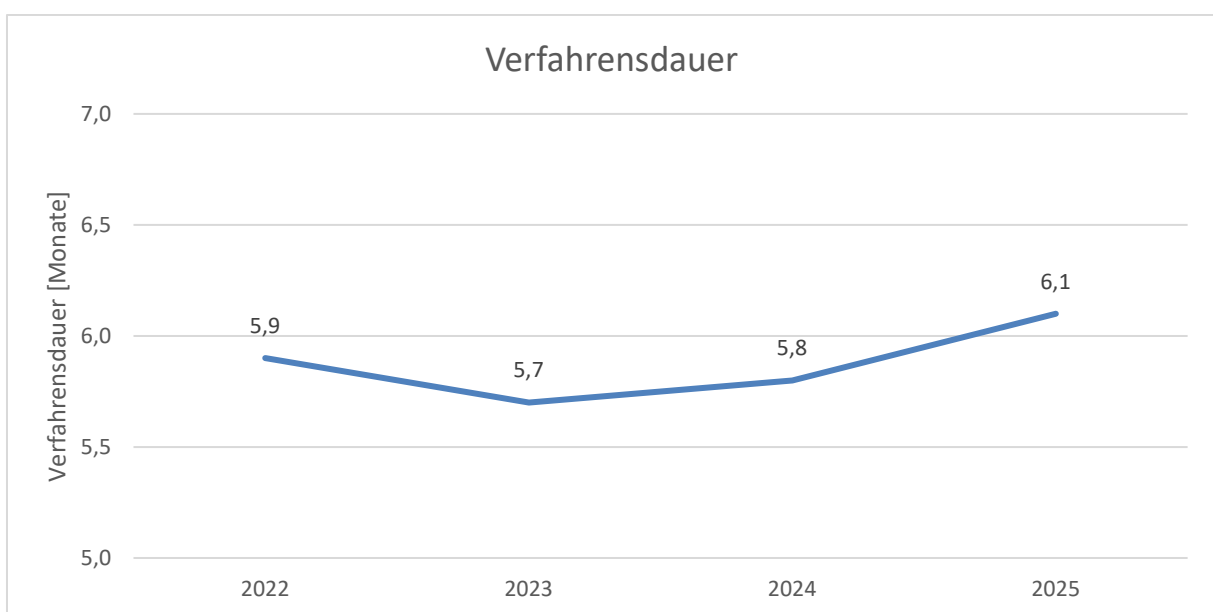
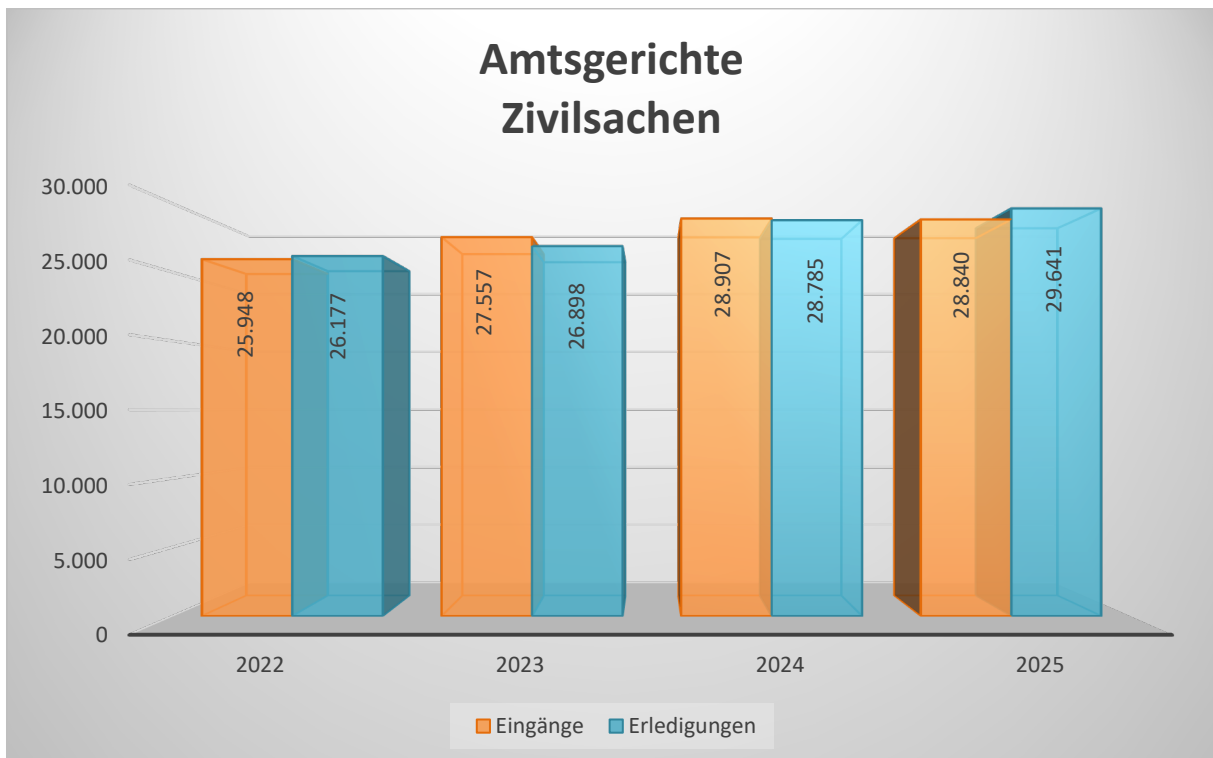
In **Strafsachen II. Instanz** ist die Zahl der Verfahrenseingänge im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 9,61 % gesunken. Es wurden 2,39 % Verfahren weniger als im Jahr 2024 erledigt. Der Bestand konnte um 2,86 % verringert werden. Die Verfahrensdauer ist im Vergleich zum Vorjahr von 5,4 auf 6,2 Monate angestiegen.



3. Geschäftsentwicklung bei den Amtsgerichten

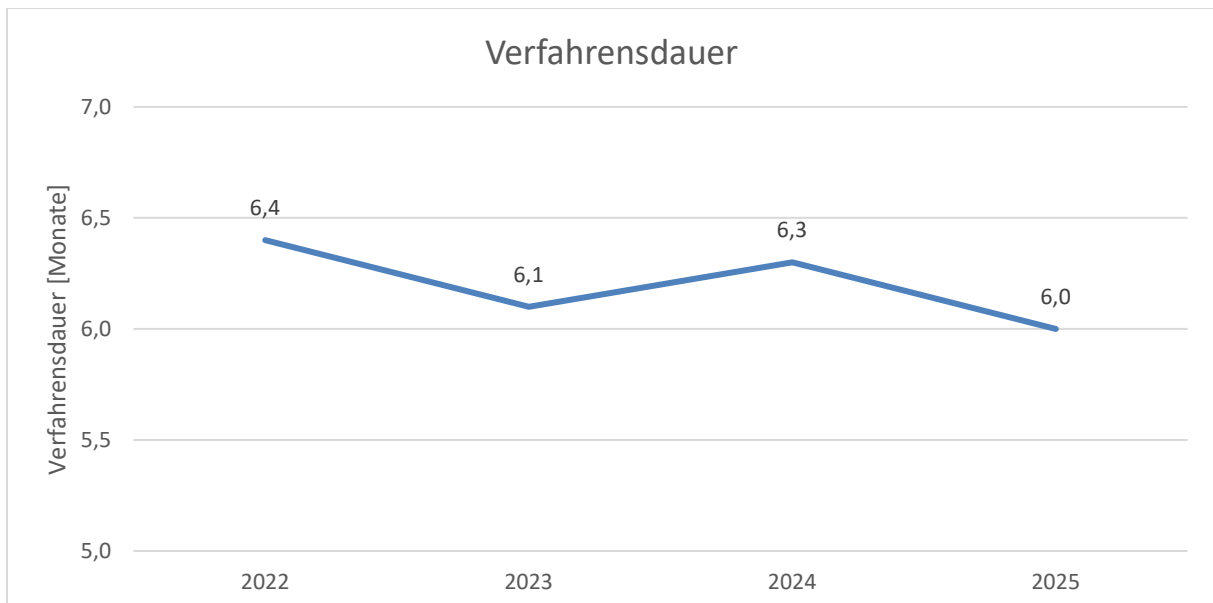
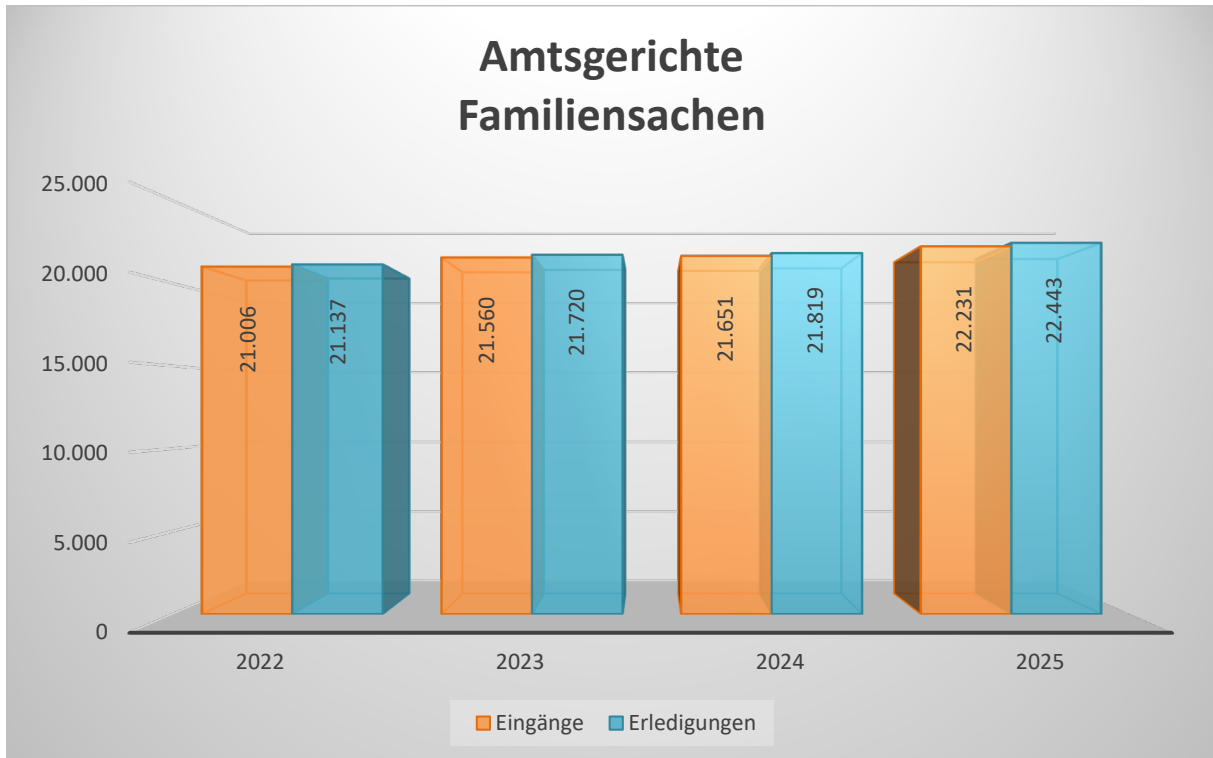
a) Zivilsachen - ohne Familiensachen -

Die Eingänge sind im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben (- 0,23 %), die Erledigungen konnten jedoch um 2,97 % gesteigert, der Bestand um 5,20 % gesenkt werden. Mit 6,1 Monaten ist die Verfahrensdauer im Vergleich zu den Vorjahren leicht gestiegen.



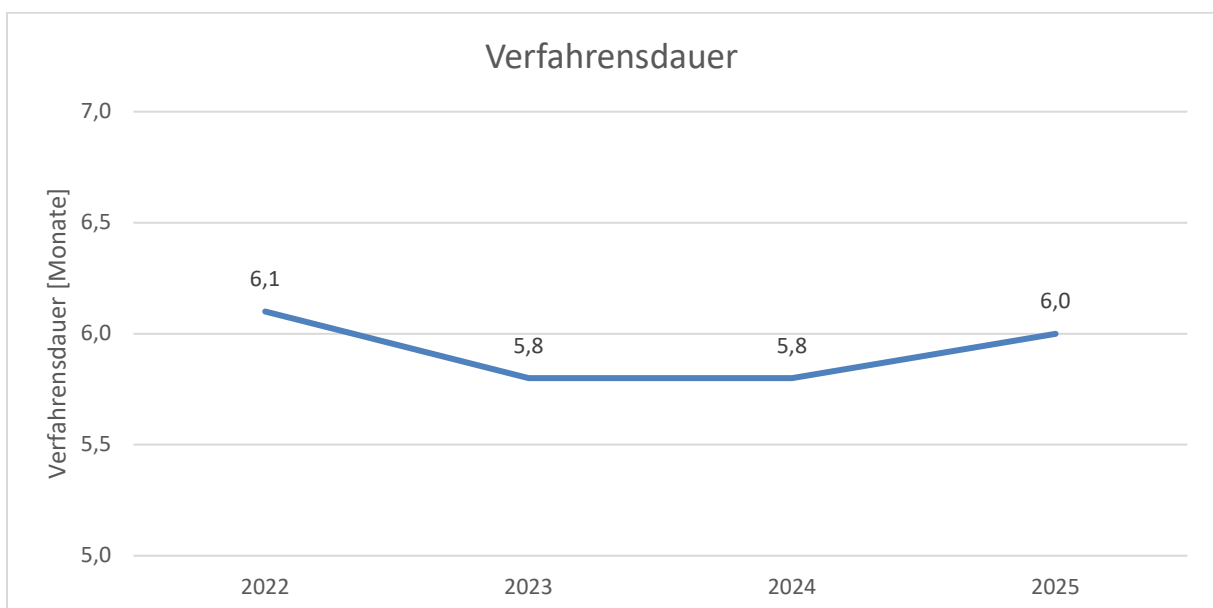
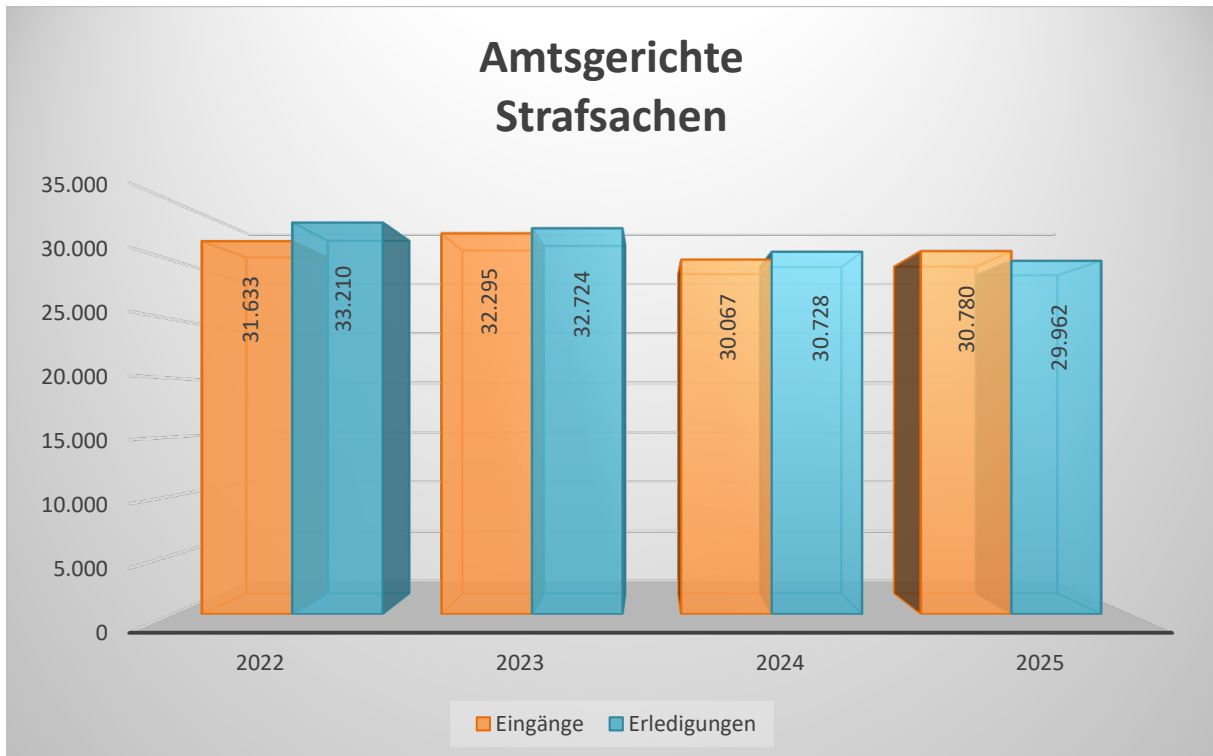
b) Familiensachen

Bei den Familiensachen sind die Eingänge im Jahr 2025 um 2,68 % und die Erledigungen um 2,86 % gestiegen. Der Bestand konnte im Vergleich zum Vorjahr um 1,62 % reduziert werden. Die Verfahrensdauer ist von 6,3 auf 6,0 Monate gesunken.



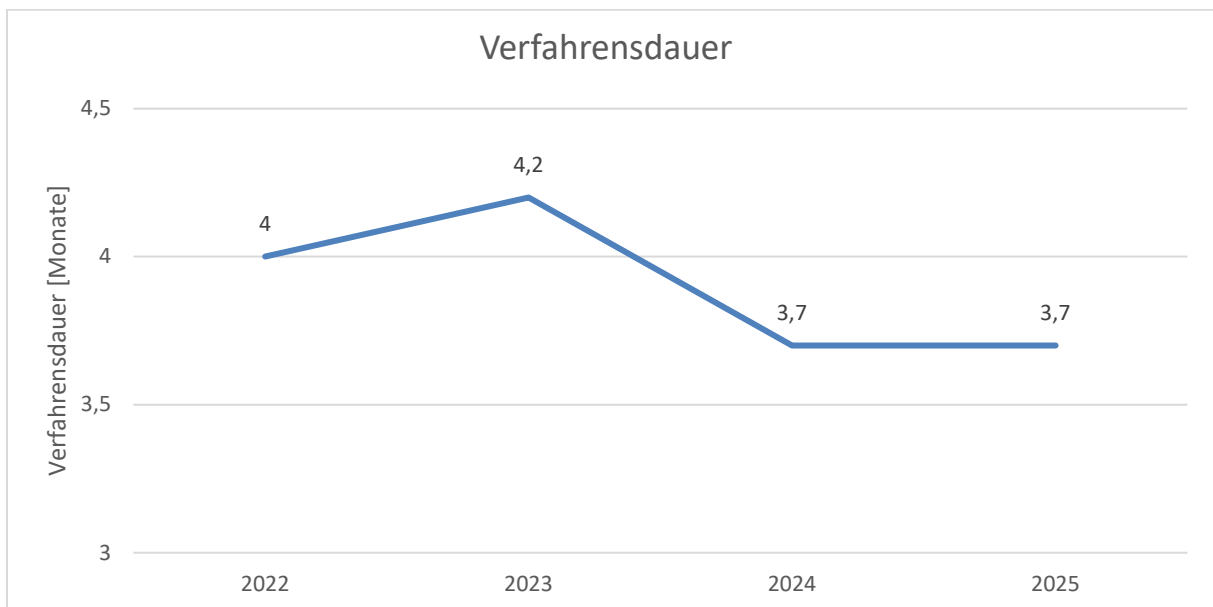
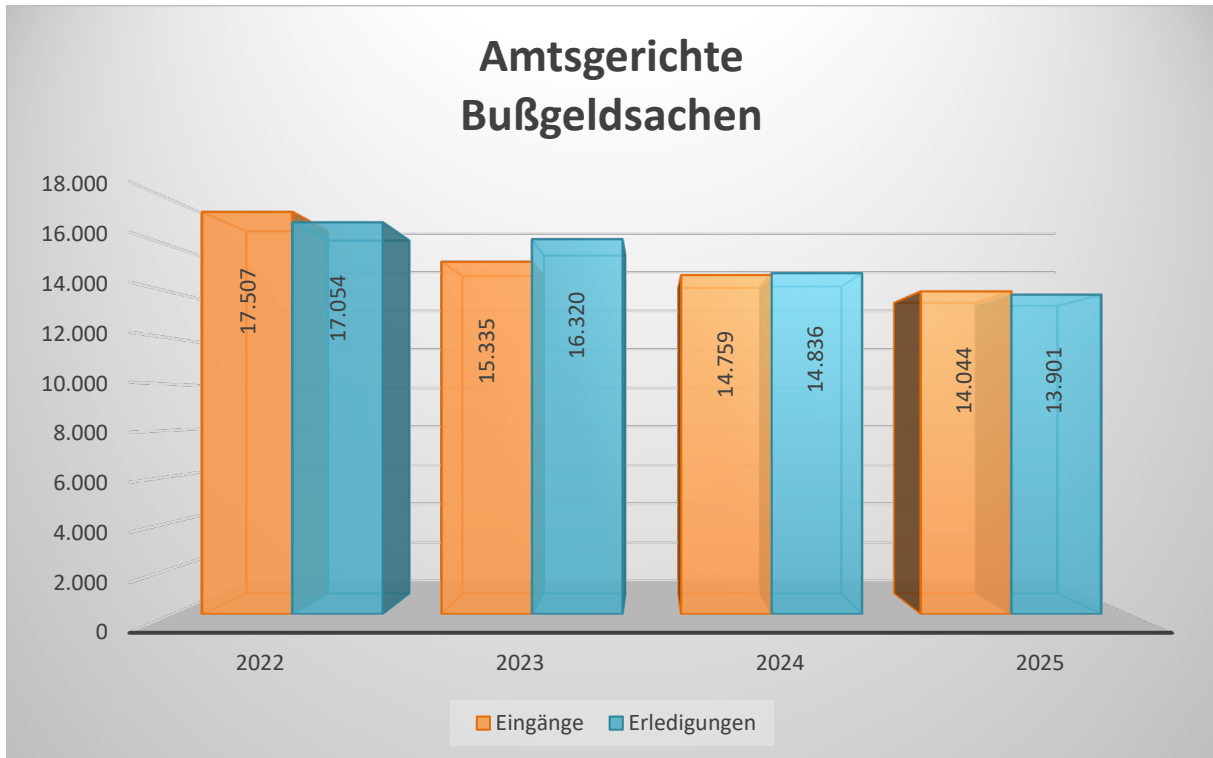
c) Strafsachen

In Strafsachen stieg die Zahl der Eingänge 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 2,37 %. Die Erledigungen gingen um 2,49 % zurück. Der Verfahrensbestand hat sich um 5,40 % erhöht. Die Verfahrensdauer ist mit 6,0 Monaten im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.



d) Bußgeldsachen

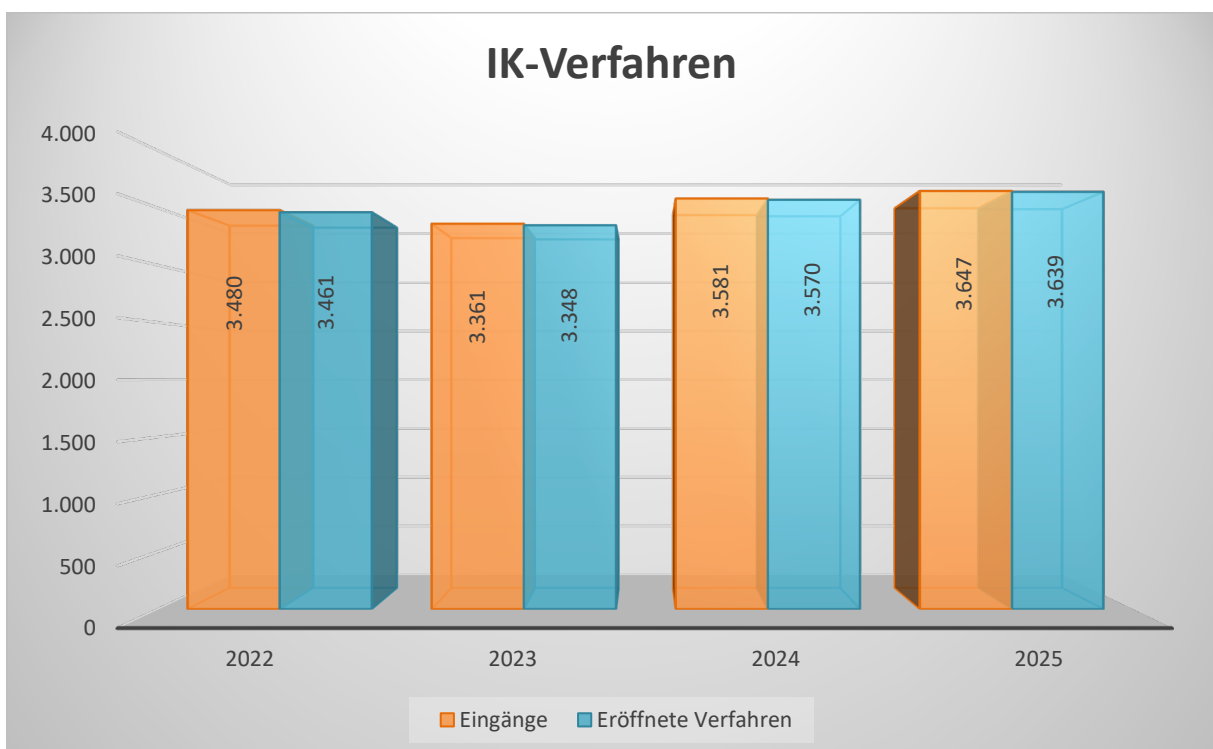
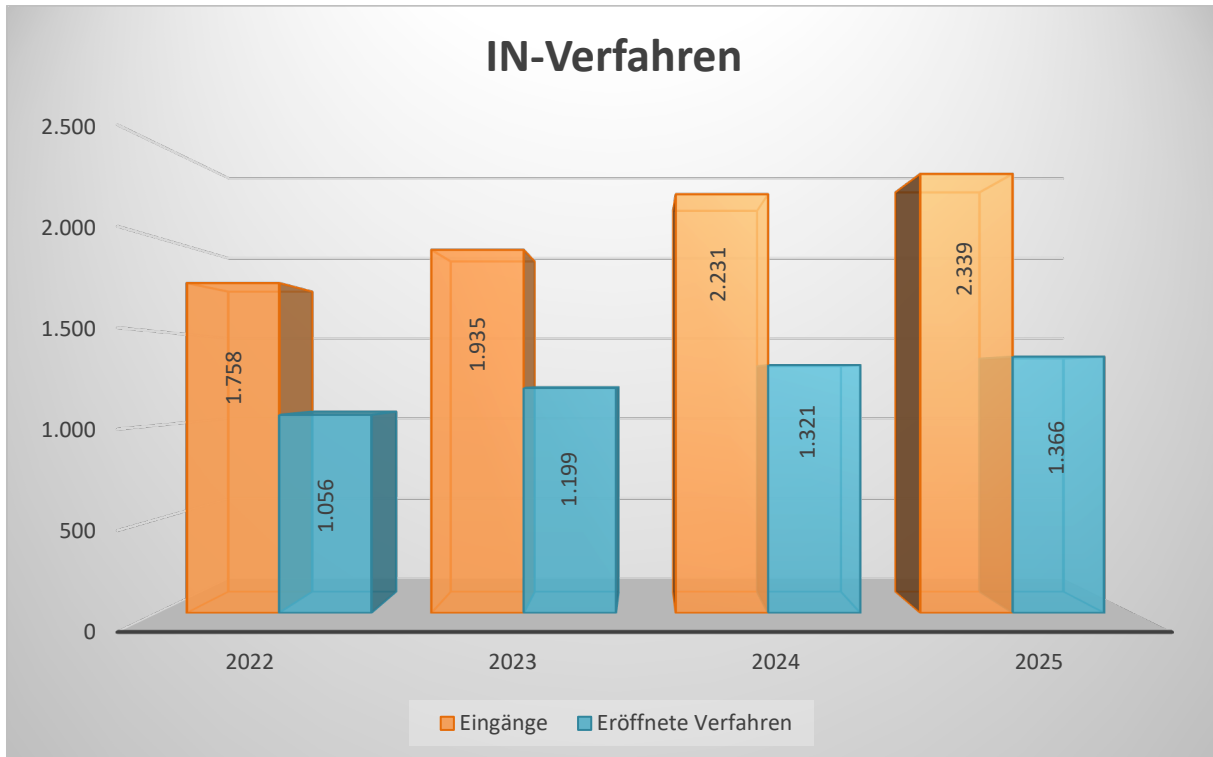
Im Jahr 2025 sind 4,84 % weniger Verfahren als 2024 eingegangen. Die Anzahl der Erledigungen ist um 6,30 % zurückgegangen und der Bestand um 2,78 % gestiegen. Die Verfahrensdauer ist mit 3,7 Monaten im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben.



e) Insolvenzsachen

Die Zahl der Verfahrenseingänge in Insolvenzsachen (IN) ist im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr um rund 4,84 % gestiegen, die der Verbraucher- und Kleininsolvenzverfahren (IK) hat sich um 1,84 % erhöht.

Die Anzahl an eröffneten Insolvenzverfahren (IN) ist um rund 3,41 % gestiegen. Auch die Anzahl an eröffneten Insolvenzverfahren (IK) hat sich um rund 1,93 % erhöht.



f) Betreuungssachen

Die Eingänge in Betreuungssachen sind im Jahr 2025 um 7,26 % und der Bestand um 4,84 % gestiegen. Die Zahl der abgeschlossenen Verfahren ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu konstant geblieben.

	2022	2023	2024	2025
EINGÄNGE	17.116	15.322	15.174	16.275
ABGESCHLOSSEN	16.380	14.508	15.203	15.309
BESTAND	72.289	72.829	72.833	76.357

g) Registergericht

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der eingetragenen Vereine um 0,76 % und die Anzahl der eingetragenen Gesellschaften mit beschränkter Haftung um 2,63 % gestiegen.

	2022	2023	2024	2025
EINGETRAGENE VEREINE (E.V.)	30.026	30.092	30.286	30.517
GESELLSCHAFTEN MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG (GMBH)	53.715	54.982	56.282	57.762

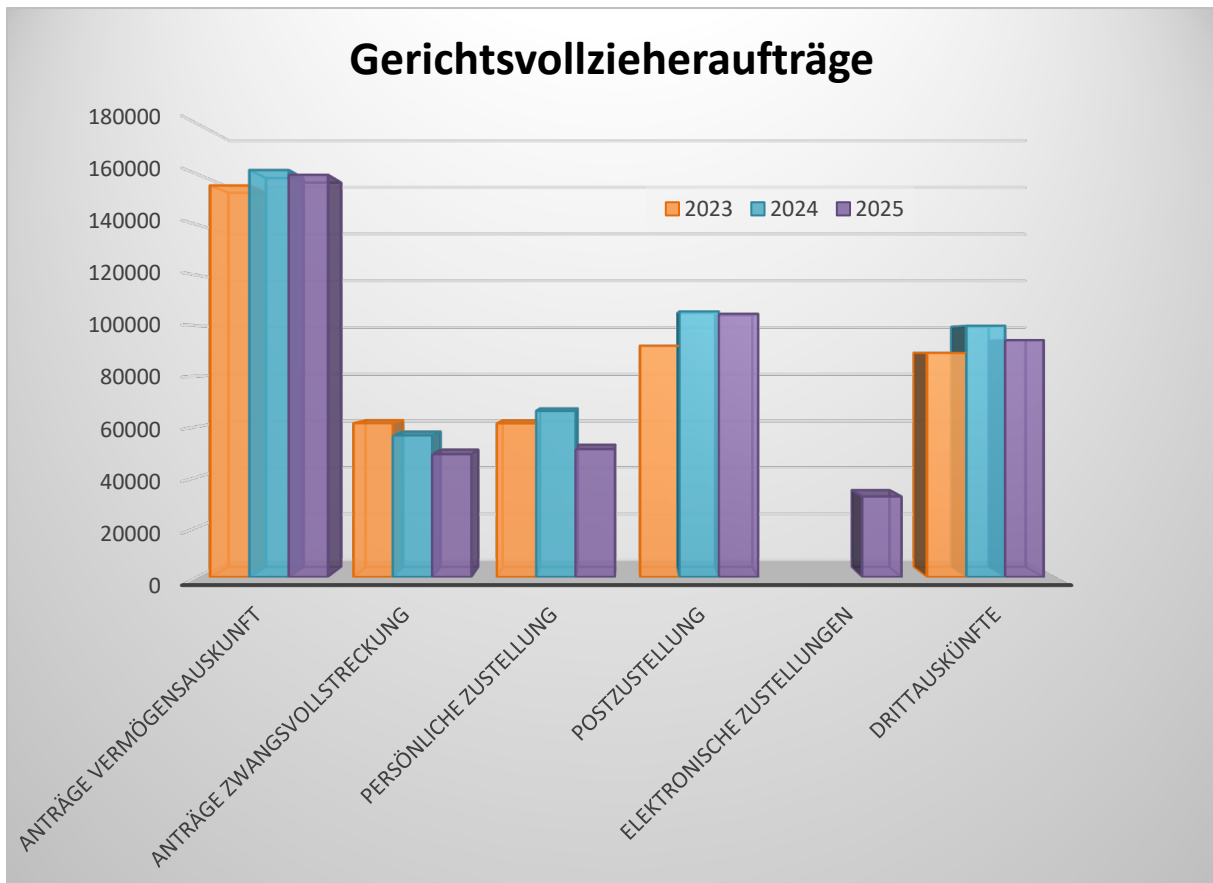
h) Gerichtsvollzieheraufträge

Bei den Gerichtsvollziehern gab es im Jahr 2025 insgesamt einen leichten Antragsrückgang im Vergleich zum Vorjahr.

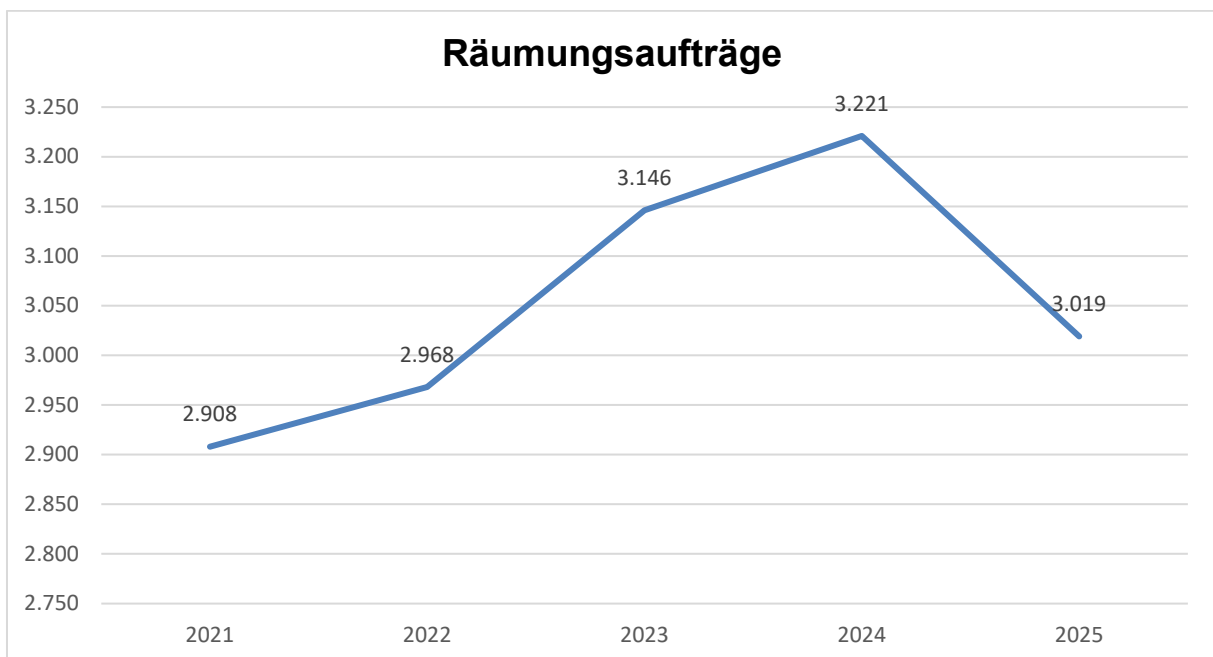
Im Jahr 2025 gingen 159.811 Anträge auf Abnahme der Vermögensauskunft ein. Dies entspricht im Vergleich zum Jahr 2024 mit 161.681 Anträgen einem Rückgang um 3,92 %.

Auch die Zahl der Zwangsvollstreckungsaufträge ging zurück. Diese sank von 56.512 Aufträgen im Jahr 2024 auf 49.048 Aufträge im Jahr 2025 und damit um rund 13,21 %.

Im Jahr 2024 betrug die Anzahl der erledigten oder versuchten Zustellungen 171.821 (66.183 persönliche Zustellungen, 105.638 Postzustellungen). Im Jahr 2025 waren es 187.985 Zustellungen (51.078 persönliche Zustellungen, 104.692 Postzustellungen und 32.215 elektronische Zustellungen). Dies entspricht einem Anstieg um rund 9,41 %. Die Zahl der erledigten elektronischen Zustellungen wurde im Jahr 2025 statistisch erstmals selbstständig erfasst und wurden vorher bei den persönlichen Zustellungen berücksichtigt.



Die Anzahl der beauftragten **Räumungen** ist im Jahr 2025 im Vergleich zu den Vorjahren 2023 und 2024 zurückgegangen. Sie sank von 3.221 Räumungsaufträgen im Jahr 2024 auf 3.019 Räumungsaufträge im Jahr 2025, was einem Rückgang um 6,27 % entspricht.



Polizeiliche Vollzugshilfe nach § 37 SächsPVDG wurde im Rahmen der Auftrags erledigung in 585 Fällen gewährt. Hier gab es einen Anstieg um rund 10,59 % im Vergleich zum Vorjahr (529 im Jahr 2024).

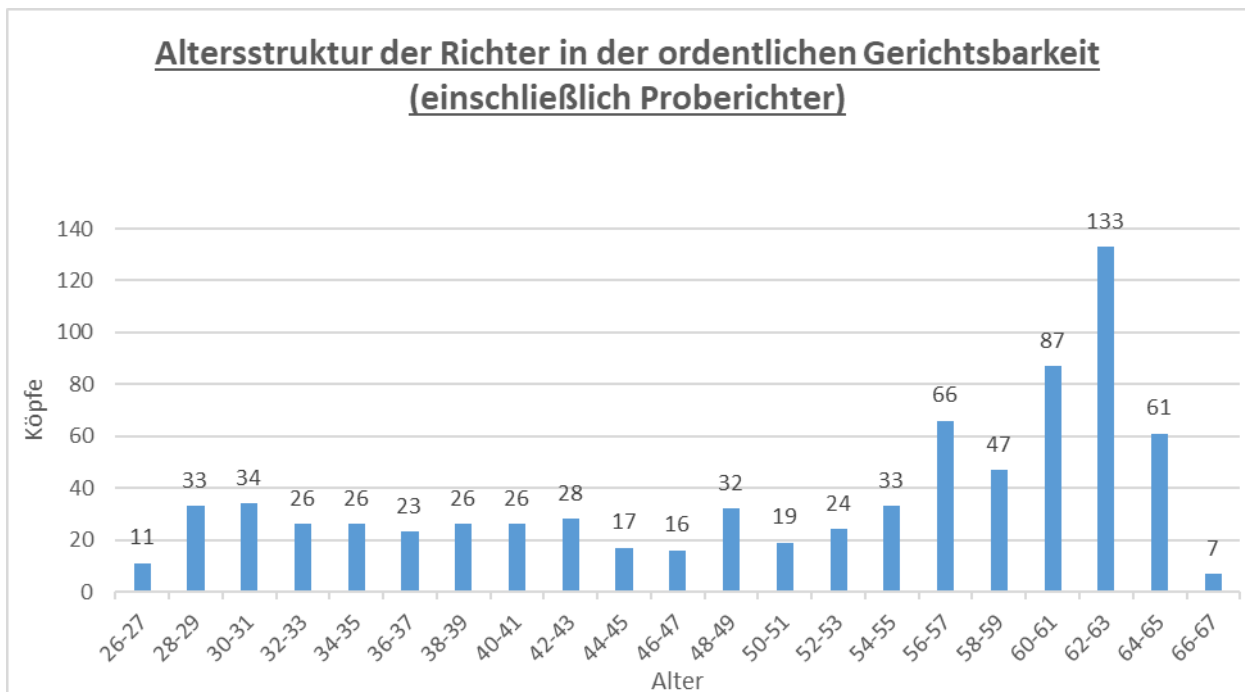
4. Personalstruktur der ordentlichen Gerichtsbarkeit

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Freistaates Sachsen waren zum 1. Januar 2026 3.882 Bedienstete tätig.

a) Richter

In der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Freistaates Sachsen arbeiteten zum 31. Dezember 2025 775 Richter, davon 112 Proberichter (im Vergleich zum 31. Dezember 2024: 92 Proberichter und zum 31. Dezember 2023: 72 Proberichter).

Im Jahr 2025 traten 43 Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit in den Ruhestand. Im gleichen Zeitraum wurden in der ordentlichen Gerichtsbarkeit 35 Richter am Amtsgericht bzw. Richter am Landgericht ernannt.



b) Rechtspfleger und Sozialarbeiter

(Laufbahngruppe 2, Einstiegsebene 1 (LG 2.1); ehemaliger gehobener Dienst)

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 waren im Geschäftsbereich des Oberlandesgerichts insgesamt 737 Rechtspfleger sowie 127 Sozialarbeiter beschäftigt.

Zum Stichtag 31. Dezember 2025 wurden durch die Sozialarbeiter 5.694 Probanden der Bewährungshilfe und Führungsaufsicht betreut.

c) Justizsekretäre und Schreibkräfte

(Laufbahngruppe 1, Einstiegsebene 2 (LG 1.2); ehemaliger mittlerer Dienst)

In der LG 1.2 (ohne Gerichtsvollzieher) waren zum 31. Dezember 2025 insgesamt 1.683 Bedienstete tätig.

d) Justizwachtmeister (Laufbahngruppe 1, Einstiegsebene 1 (LG 1.1); ehemaliger einfacher Dienst)

Zum 31. Dezember 2025 waren 371 Justizwachtmeister im Dienst.

Die Wachtmeistereien der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden derzeit durch 33 private Sicherheitskräfte unterstützt.

e) Gerichtsvollzieher

Zum 31. Dezember 2025 waren insgesamt 189 Beamte als Gerichtsvollzieher tätig.

5. Aus- und Fortbildung

a) Vorbereitungsdienst für Rechtspfleger (LG 2.1)

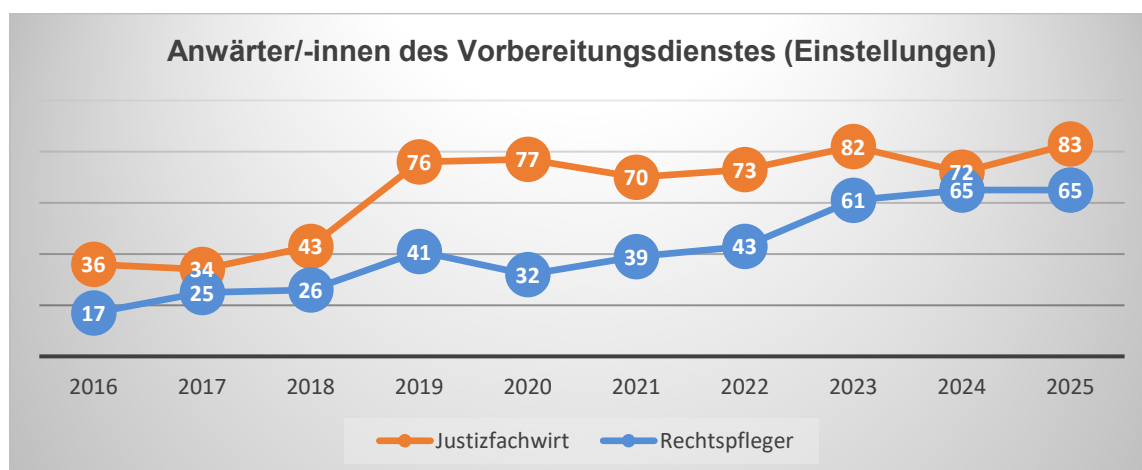
Zum 1. September 2025 wurden 65 Bewerber unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf zu Rechtspflegeranwärtern ernannt (2024: 65, 2023: 61, 2022: 43). Zusätzlich haben sieben Beamte der LG 1.2 den Vorbereitungsdienst im Wege des Aufstiegs aufgenommen (2024:7, 2023: 4, 2022: 3).

Zum Stichtag 31. Dezember 202 befanden sich insgesamt 185 Rechtspflegeranwärter im dreijährigen Vorbereitungsdienst.

b) Vorbereitungsdienst für Justizfachwirte (LG 1.2)

Zum 1. September 2025 wurden 83 Bewerber unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf zu Justizsekretäranwärtern ernannt

Aus den Einstellungsjahrgängen 2024 und 2025 absolvierten am Ende des Berichtszeitraumes insgesamt 166 Justizsekretäranwärter den zweijährigen Vorbereitungsdienst.



Einstellungszahlen Vorbereitungsdienst Laufbahngruppen 1.2 und 2.1

c) Gerichtsvollzieher

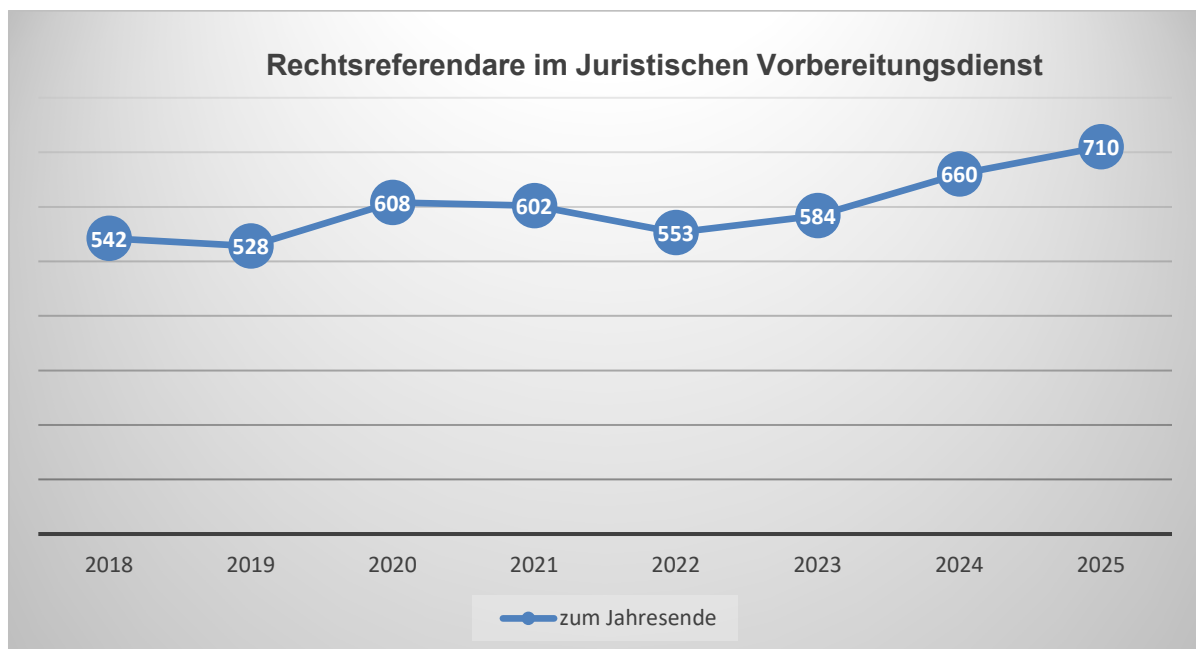
Zum regulären Ausbildungsbeginn am 15. Oktober 2025 haben insgesamt neun Gerichtsvollzieherbewerber bzw. -anwärter die Ausbildung zum Gerichtsvollzieher begonnen. Darunter waren fünf bereits im Justizdienst tätige Justizfachwirte und vier Gerichtsvollzieherbewerber bzw. -anwärter, die bereits die vorbereitende Gerichtsvollzieherausbildung durchlaufen haben.

Darüber hinaus befinden sich derzeit sechs weitere Gerichtsvollzieherbewerber (Zulassungsjahrgang 2024) in Ausbildung.

d) Referendarausbildung

Zum Jahresende 2025 befanden sich im Freistaat Sachsen 710 Rechtsreferendare in dem vom Oberlandesgericht Dresden organisierten Juristischen Vorbereitungsdienst.

Zum Einstellungstermin 1. November 2025 musste aufgrund einer sehr hohen Bewerberzahl erstmals ein Auswahlverfahren durchgeführt werden.



Einstellungszahlen Rechtsreferendariat

Die Ausbildung der Rechtsreferendare erfolgte an den Landgerichten Chemnitz, Dresden, Görlitz (Außenkammern Bautzen) und Leipzig.

6. E-Verfahrensakte in der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Pünktlich zum 1. Januar 2026 war in allen Bereichen der ordentlichen Gerichtsbarkeit die elektronische Verfahrensakte eingeführt.